Einzelpreis 40 Pfg. für Groß-Berlin 50 Pfg. für auswärts • 5. Jahrg. Freitag, 10. März 1922 Nummer 118 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Monat März 25.— M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 59.— M., für das übrige Ausland 77.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die zehngespaltene Kompareszeile oder deren Raum kostet 10.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 7.— M. pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Sieg der Deutschen Volkspartei

Die Garantieforderungen der Stresemänner — Diktatur des Finanzministers — Entstaatlichung von Eisenbahn und Post
Keine Ausgleichung des Reichshaushaltes

Die Deutsche Volkspartei registriert den Abschluß der Verhandlungen über das Steuerkompromiß als einen parteitaktischen Erfolg ersten Ranges. Es ist ihr gelungen, in den interfraktionellen Besprechungen, über die wir im Morgenblatt berichteten, die Zustimmung der Regierungsparteien zu allen ihren Forderungen zu finden, und ihrem Organ die „Zeit" quittiert die Deutsche Volkspartei mit großem Vergnügen über den Sieg der politischen Idee des Großkapitals.

Die Deutsche Volkspartei hatte der interfraktionellen Besprechung eine Denkschrift unterbreitet, in der sie ihre sogenannten Garantieforderungen formuliert. Die „Zeit" behauptet, daß diese Denkschrift die volle Billigung der Koalitionsparteien gefunden hat, und auch die übrigen Berichte der Presse über die Verhandlungen der Fraktionsführer und der Regierung lassen den Schluß zu, daß die Darstellung des Blattes der Deutschen Volkspartei richtig ist. Diese allgemeine Zustimmung zu den Richtlinien der Deutschen Volkspartei, bemerkt die „Zeit", beweise am besten, wie wenig die Forderungen mit parteipolitischen Interessen zu tun haben, wie sehr sie vielmehr im „Interesse der Sache" liegen. Auch in der Steuerfrage habe sich die Deutsche Volkspartei in ihrer Haltung lediglich von dem „Wohl des Ganzen" leiten lassen.

Dieser plumpe Schwindel vom Gemeinwohl wird sofort enthüllt durch eine sorgfältige Prüfung der Garantieforderungen. Der Erfolg, den die Deutsche Volkspartei buchen darf, ist ein parteipolitischer und parteitaktischer Erfolg der Vertreter des deutschen Großkapitals, dessen Auswirkungen im schroffen Gegensatz zum „Wohle des Ganzen" und zum „Interesse der Sache" stehen müssen.

Der erste Absatz der Richtlinien läßt erkennen, daß sich die Deutsche Volkspartei auch jetzt noch nicht an ihre Zustimmung zu dem Steuerkompromiß gebunden fühlt. Sie fordert, daß zunächst zwischen den am Kompromiß beteiligten Parteien und Regierung völlige Klarheit und Einmütigkeit über die Verwendung der neuen Mittel und insbesondere der Mittel aus der Zwangsanleihe bestehen. Sie verlangt zunächst Aufschluß über die Gestaltung und Verwendung der Zwangsanleihe im einzelnen, sie will also verhüten, daß die Bestimmungen über die Zwangsanleihe ohne ihre Zustimmung zustande kommt.

Die Deutsche Volkspartei macht ferner zur Bedingung, daß die neuen Mittel nicht zur Deckung der Fehlbeträge der Betriebe des Reiches Verwendung finden.

In einem weiteren Absatz, der sich vornehmlich mit der Einsetzung eines Vereinfachungs- und Sparsamkeitskommissars und mit der Verbilligung der Reichsverwaltung in allen ihren Teilen beschäftigt, legt die Denkschrift näher dar, wie eine Verwendung der neuen Mittel zur Deckung von Fehlbeträgen der Post und Eisenbahn nach ihrer Ansicht zu umgehen wäre. Von dem Sparkommissar verlangt sie, daß er nur von einer kleinen Kommission von Sachverständigen umgeben und mit starker Machtvollkommenheit ausgerüstet sein soll. Er soll ferner „politisch unbelastet" sein. Obwohl es nicht ganz klar ist, worin politische Belastung besteht und wie eine politisch unbelastete Persönlichkeit beschaffen sein muß, ist doch unverkennbar, daß dieses „politisch unbelastet" nur eine neue Formel für die alte Schrulle vom Fachminister ist. Man hofft unter den sicheren Reaktionären, die sich innerhalb des Interessentenkreises der Deutschen Volkspartei massenhaft vorfinden, einen sogenannten Fachmann zur Verfügung zu haben, dessen vortreffliche Gesinnung zwar unstreitig ist, der aber als „politisch unbelastet" im Sinne derer um Stinnes immerhin ausgegeben werden kann.

Eine der wesentlichsten Aufgaben dieses Mannes wäre es, die großen Reichsbetriebe zu vereinfachen und wirtschaftlicher zu gestalten. Die Denkschrift erklärt, seinen zukünftigen Vorschlägen für diesen Zweck solle nicht vorgegriffen werden. Aber Regierung und Parteien müssen sich schon jetzt darüber verständigen, daß sie sich bei der Prüfung der zu machenden Vorschläge jeder vorgefaßten Meinung entsagen und vor allem eine Ausgestaltung nach der Richtung eines mehr privatwirtschaftlichen Ausbaues nicht von vornherein widersprochen würden.

An dieser Stelle heißt es in der Denkschrift:

„Sie (die Regierung und die Parteien) müßten sich schon jetzt ausdrücklich bereit erklären, alle Vorschläge unvoreingenommen zu prüfen, die eine wirtschaftlichere Führung der Reichsverkehrsbetriebe zu gewährleisten geeignet sind, und sich verpflichten, **nicht ohne weiteres Maßnahmen abzulehnen, die den Wirkungsgrad der Unternehmen erhöhen können, selbst wenn sie nicht ganz mit ihren eigenen wirtschafts- oder staatspolitisch-theoretischen Meinungen im übrigen im Einklang stehen** und sich von einer Einstellung auf Schlagworte in der Richtung einer gesunden Wirtschaftsführung mehr entfernen, als dies einseitige parteipolitische Betrachtungsweise seither für möglich gehalten hat. Eisenbahn und Post müssen auf diese Weise im ganzen sachlich wie persönlich entpolitisiert und soweit als irgend möglich rein wirtschaftlich behandelt und unter den Gesichtspunkt gesunder Geschäftsgebarung gestellt werden."

Damit ist deutlich genug gesagt, daß zu den Garantieforderungen der Deutschen Volkspartei auch die zwar allmähliche, aber sichere Ueberführung der Staatsbetriebe in die Hand der Profitgeier um Stinnes gehört. Der Erpressungsversuch des Reichsverbandes der deutschen Industrie erlebt hier in veränderter Form seine Auferstehung und diese Forderung hat die stillschweigende Billigung der Regierungsparteien gefunden.

Die Arbeiterschaft wird diese Gemeinheit trotzdem und gerade deswegen auf das heftigste zu bekämpfen und mit allen Mitteln zu durchkreuzen suchen. Mit einer Entbureaukratisierung und einer wirtschaftlichern Gestaltung der Eisenbahn und Post auf dem Wege zur Sozialisierung ist sie vollkommen einverstanden, aber von alledem ist nach den Formulierungen der Deutschen Volkspartei nicht die Rede. Auch gegen die Sparsamkeit in der Reichsverwaltung, die von dem neuen Sparsamkeitskommissar betrieben werden soll, hat die Arbeiterklasse nichts einzuwenden. Warum aber beginnt man mit dieser Sparsamkeit nicht auf dem Gebiete des Reichsernährungsministeriums, um nur ein Beispiel zu nennen? Hier werden fünf Milliarden an Liebesgaben nur infolge der Maismißwirtschaft des Herrn Hermes hinausgeworfen, und auch auf andere Art und Weise werden die Mittel der Gesamtheit, die aus schweren Opfern der Minderbemittelten beigebracht werden, in die Taschen der Ausbeuter geleitet. Soll schon gespart werden, dann wird die Arbeiterklasse dafür eintreten müssen, daß es hier zunächst geschieht.

Ferner verlangt die Denkschrift eine wesentliche Veränderung und Stärkung der Stellung des Reichsfinanzministers. Er soll mit einem unbedingten Einspruchsrecht gegen „erhebliche Neubelastungen des Reichshaushalts" gegenüber den beantragenden Ministerien ausgestattet werden. Wird dieser Grundsatz in seiner mildesten Form angewendet, so würde er die Orientierung des Etats lediglich nach steuerlichen und Sparsamkeitsrücksichten bedeuten. Alle anderen Gesichtspunkte, die bei der Aufstellung des Haushalts eines Kulturstaates wesentlich ins Gewicht fallen müßten, so etwa soziale und kulturelle Gesichtspunkte, würden für den Herrn Finanzminister und seine Rechenmaschine nicht existieren. Diese Forderung bedeutet also die Diktatur einer knauserigen, antisozialen und banausenhaften Bureaukratie. Bedenkt man aber, daß im gegenwärtigen Augenblick Herr Hermes als der auserkorene Finanzminister der Deutschen Volkspartei gilt, dann bedeutet dieses Verlangen der Staatsmänner die Diktatur dieses bestechlichen Reaktionärs.

Während so der Finanzminister — im Verein mit dem Sparsamkeitskommissar — mit stärkeren Machtvollkommenheiten ausgerüstet werden soll, sollen die Befugnisse des Reichswirtschaftsministers dafür um so mehr geschmälert werden. Ein dritter Absatz der Garantieforderungen betrifft die „Stärkung der deutschen Wirtschaft".

Daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft von der Deutschen Volkspartei gefordert wird, überrascht nicht. Erstaunen muß es aber erregen, daß die Rechtssozialisten über diese Forderung einfach hinweggehen. In ihren Erklärungen, die sie in den interfraktionellen Besprechungen zur Frage der Zwangswirtschaft abgegeben haben, heißt es zwar, daß eine plötzliche Herbeiführung der freien Wirtschaft für Getreide und Brot nicht angängig sei. Dennoch muß diese Nachgiebigkeit oder — zum mindesten — sehr laue Abwehr der Angriffe der Deutschen Volkspartei auf die Zwangswirtschaft die ernsteste Besorgnis erregen, denn die Partei des Stinnes wird selbstverständlich bestrebt sein, die freie Wirtschaft für Getreide und Brot vor allem anderen durchzuführen. Wenn es den Rechtssozialisten mit ihrem Kampf um die Brotverbilligung ernst wäre, dann hätten sie ihre Forderungen bei dieser Gelegenheit unter allen Umständen durchsetzen müssen. Statt dessen haben sie ihre Stellung zur Lage der Getreidewirtschaft ohne jede Gegenleistung und nur mit schwächlichen Vorbehalten preisgegeben.

Dann wird von der Deutschen Volkspartei verlangt, daß neue wirtschaftspolitische Maßnahmen und neue weittragende Entscheidungen, wie sie z. B. das Wiesbadener Abkommen gebracht hat, nur nach vorausgegangener Rücksprache mit den berufenen Wirtschaftsvertretungen und mit den Parteien sowie nur mit ihrer Zustimmung getroffen werden dürfen. Ausdrücklich heißt es, daß „auch die politischen Parteien und insbesondere diejenigen, die in der Regierung nicht vertreten sind", hierbei mitreden müßten. Ist also die Forderung bezüglich des Finanzministers zugeschnitten auf den Leib des Herrn Hermes, so bezieht sich diese Einengung der Befugnisse des Wirtschaftsministers und auch des Außenministers auf Schmidt und Rathenau. In verkleideter Form finden wir also hier die sogenannten „persönlichen Garantien" wieder, von denen schon bei den früheren Auseinandersetzungen über das Steuerkompromiß die Rede war. Während der bei der Deutschen Volkspartei so geliebte Reaktionär Hermes weitestgehende Macht erlangen soll, werden die Ressortminister, die dem Mißtrauen der Stinnesmänner begegnen, an Händen und Füßen gebunden und unter die Diktatur des Finanzministers gestellt.

Nach den Erklärungen der Koalitionsparteien bei der interfraktionellen Besprechung kann die deutsche Volkspartei alle ihre Forderungen als gebilligt ansehen, ohne daß der durch sie vertretene Besitz ein Opfer zu bringen genötigt wäre. Hermann Müller hat sich für die Rechtssozialisten mit der Tendenz der Denkschrift, allgemein zu sparen, einverstanden erklärt. Was das sogenannte Mantelgesetz betreffe, erklärte er weiter, so würde er auf eine weitere ins einzelne gehende Formulierung des § 1 verzichten, wenn sich alle Parteien dafür aussprächen, daß der größte Teil der Zwangsanleihe noch im Laufe dieses Jahres flüssig gemacht werde. Das bedeutet, daß genauere Einzelheiten über die Zwangsanleihe nicht in dieses Mantelgesetz aufgenommen werden. Man ist sich unter den Parteien, die an diesem Steuerkompromiß beteiligt sind, darüber einig geworden, daß alle Einzelheiten über die Zwangsanleihe in einem besonderen Gesetz bestimmt werden sollen, und daß dieses Gesetz nicht in das Steuerbukett gehöre und deshalb auch bei den jetzt beginnenden Beratungen im Plenum nicht miterörtert werden dürfe.

Das wird zur Folge haben, daß die Zwangsanleihe nicht eingeht und daß die Geldentwertung infolgedessen fortdauern wird. Außenpolitisch muß das die einschneidensten Wirkungen auslösen. Die erfolgreiche Durchsetzung der vom Kabinett Wirth bisher betriebenen Außenpolitik ist abhängig von der Ausgleichung des Staatshaushaltes, die durch dieses Steuerkompromiß nicht erreicht wird. Nach diesem Ergebnis der Kompromißverhandlungen wird das Ausland nicht einmal mehr den guten Willen Deutschlands zur Erfüllung seiner Verpflichtungen anerkennen, und alle Aussichten auf Erleichterungen der Reparationsverpflichtungen schwinden dahin. Die Steuerpolitik der Kompromißparteien bedeutet eine scharfe Gefährdung der Außenpolitik des Kabinetts Wirth, die wir bisher unterstützt haben. Das Steuerkompromiß führt die völlige Aussichtslosigkeit einer solchen Außenpolitik für die Zukunft herbei.

Trotzdem hat der Reichskanzler Wirth den Forderungen der Deutschen Volkspartei ebenfalls im allgemeinen zugestimmt. Die parteipolitischen Grundsätze der Vertreter des deutschen Großkapitals triumphieren, und das deutsche Volk bezahlt. Die Deutsche Volkspartei gehört der Regierung als stiller und unverantwortlicher Teilhaber an. Sie nimmt, ohne zu geben. Die äußere Form der sogenannten großen Koalition ist zwar vermieden, aber die Politik der Regierung wird vom Geiste der großen Koalition erfüllt sein, nachdem die Garantieforderungen der Stinnes und Stresemann die Anerkennung der Koalitionsparteien gefunden haben.

Unglaublich!

Berlin, 10. März.

Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hermes, unter Entbindung von der Führung dieses Ministeriums zum Reichsminister für Finanzen ernannt.

Ursprung und Wesen des Eisenbahnbeamtenstreiks

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß beachtenswerte Merkmale dafür in der Presse vorgetragen worden sind, daß der Beamtenstreik — und die Eisenbahnbeamtenbewegung überhaupt — zum Teil unter dem Einfluß von rechtsputschistischen Strömungen gestanden haben soll und heute noch steht. Insbesondere war es der „Korrespondent", das Organ des Deutschen Buchdruckerverbandes, der ziemlich eindeutige Anklagen dieser Art gegen einzelne Teile der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten erhoben hatte. Wir haben auch diese Stimme seinerzeit mitgeteilt. Jetzt geht die „Deutsche Post", das Blatt des Reichsverbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten auf den Artikel des „Korrespondent" ein. Die „Deutsche Post" druckt den Artikel des Buchdruckerorgans wörtlich nach und weist die darin erhobenen Anschuldigungen als Unterstellungen zurück. Ueber den Ursprung und das Wesen des Eisenbahnbeamtenstreiks sowie über die politische Stellung der in den im Deutschen Beamtenbund zentralisierten Gewerkschaften organisierten Beamten schreibt das Blatt:

„Mit allem Nachdruck müssen wir uns gegen die Denunziation verwahren, daß dieser Streik überhaupt aus politischen Motiven entstanden ist oder zu dem Zwecke geführt worden wäre, damit politische Ziele zu erreichen und die Voraussetzung, daß solche Einflüsse **den Streikbeschluß herbeigeführt haben**, ist auf jeden Fall unzutreffend und unhaltbar vor denjenigen, die den wahren Hergang und Zusammenhang der Dinge kennen. Die wahrhaft bewegenden Gründe dieses Streiks sind rein wirtschaftlicher und berufspolitischer Natur, und sie lassen sich sachlich auf zwei Leitmotive zusammendrängen: Erstens hat die unverhältnismäßig starke gehaltliche Heraushebung der höheren Beamten bei der letzten Gehaltsregulierung (Gesetz vom 21. November 1921) eine so tiefgreifende Entrüstung in der breiten Masse der mittleren und unteren Beamtenschaft ausgelöst, daß daraus eine Abwehrbewegung hervorgehen mußte, und zweitens sahen die Eisenbahnbeamten und mit ihnen alle Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen in dem Arbeitszeitgesetz eine Gefährdung des Achtstundentages, gegen die ebenfalls eine Abwehr notwendig war. **Diese beiden sachlichen Motive führten zum Streik**, und sie sicherten den zur Tat schreitenden Eisenbahnbeamten von vornherein die Unterstützungsbereitschaft großer Schichten der übrigen Beamtenschaft. Für die Männer, die bei der Aktion an führender Stelle standen, handelte es sich um **rein wirtschaftliche und berufliche Interessen** und die Vermengung mit politischen Motiven ist bei diesem Streik weniger gerechtfertigt, als bei irgendeinem Arbeiterstreik. Der Auffassung, daß ein Beamtenstreik größeren Umfangs sich gleich in den ersten Tagen seines Bestehens zu einer schwerwiegenden politischen Frage gestalten muß, haben wir bereits in einer vorhergehenden Nummer Ausdruck gegeben, aber es ist doch ein großer Unterschied, ob für den Ausbruch eines Streiks politische Beweggründe ausschlaggebend sind oder nicht ausschlaggebend sind, und dann kommt es doch sehr auf die beteiligte Beamtenschaft an, ob sie sich, wenn die Tatsache des Streiks vorliegt, in den Dienst der Reaktion spannen lassen will. Wir müssen darauf hinweisen, daß in der überwiegenden Masse des Beamtentums gegen eine Wiederkehr der Kastenherrschaft mit ihren Willkürlichkeiten und gegen eine Periode, in der die Hände wieder an die Hosennaht zu legen wären, eine ebenso heftige Abneigung besteht, wie in der Arbeiterschaft. Um so entschiedener aber muß die Unterstellung zurückgewiesen werden, als ob die Beamtenschaft sich zum Werkzeug solcher Tendenzen gebrauchen ließe und als ob insbesondere der Eisenbahnerstreik von Bestrebungen beeinflußt gewesen wäre, die unter der Maske einer Wirtschaftsbewegung einen politischen Umsturz bezweckten."

Wir haben wiederholt an die Beamtengewerkschaften die Forderung gestellt, sie mögen sich zu den erwähnten kompromittierlichen Anschuldigungen klar und eindeutig äußern. Es liegt im Interesse der gesamten Bewegung aller Arbeitnehmer, daß auf allen Seiten völlige Klarheit über die Grundsätze und die Taktik der einzelnen Teilbewegungen besteht. Bei der Arbeiterschaft und bei den im AfA-Bund organisierten Angestellten besteht diese Klarheit. Ueber ihre Stellung zu den politischen Strömungen und über ihre gewerkschaftlichen Ziele und Mittel kann gar kein Zweifel bestehen. Soll zwischen ihnen und den organisierten Beamten, das muß immer wieder gesagt werden, ein Vertrauensverhältnis bestehen, dann muß die gleiche eindeutige Gewißheit auch über den Charakter der Beamtenorganisation herbeigeführt werden. Wir begrüßen daher die Aeußerung der „Deutschen Post" und geben dieser Stimme der Abwehr sehr gern Raum. Sie verdient die größte Beachtung.

Ein Arbeiterblatt und seine Gegner

In Fulda haben sich die freien Gewerkschaftsorganisationen mit dem Allgemeinen Eisenbahnerverband und dem Gewerkschaftsbund der Angestellten zusammengetan, um das frühere Kreisblatt, das als „Fuldaer Tageblatt" ein demokratisches Organ gewesen ist, in eine Zeitung der Arbeiter, Angestellten und Beamten umzuwandeln. Die Schriftleitung hat der örtliche Leiter der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten, Balthasar Mihm, der gleichzeitig rechtssozialistischer Stadtverordneter ist, übernommen. Das Blatt führt den Untertitel „Tageszeitung für die Arbeitnehmerschaft (Arbeiter, Beamten und Angestellten)". Es soll nicht nach politischen, sondern nach wirtschaftlich-sozialen Gesichtspunkten redigiert werden. Ob diese Absicht durchgeführt werden kann, ist zu bezweifeln, denn auch die wirtschaftlichen und die sozialen Angelegenheiten tragen politischen Charakter. Immerhin scheint die Eisenbahnbehörde in Fulda eine Gefahr für den Staat zu wittern, denn sie hat den Verkauf des Blattes in der Bahnhofsbuchhandlung untersagt und den Schriftleiter in seiner Eigenschaft als Eisenbahnsekretär vom Amt suspendiert, weil er „zum Ausbruch und zur Fortsetzung des Streiks hervorragend mitgewirkt und ohne Genehmigung eine Nebenbeschäftigung übernommen" habe.

Vielleicht beruft sich die Eisenbahnverwaltung darauf, daß die Maßregelung des Redakteurs sich auf der Grundlage der berühmten Richtlinien der Regierung bewege. Das wäre nichts anderes als eine leere Ausrede, wenn sie auch erneut beweist, was von den Versprechungen der Regierung, sie wolle bei den Disziplinierungen keine Härte walten lassen, zu halten ist. Wie kommt aber die Eisenbahnbehörde dazu, den Verkauf des Blattes durch die Bahnhofsbuchhandlung zu verbieten? Glaubt sie die Methoden des wilhelminischen Regimes ungestraft auch jetzt noch anwenden zu dürfen? Darüber wird noch ein kräftiges Wort zu reden sein!

„Phantastische" Forderungen

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben:

Im 23. Ausschuß des Reichstages hat ein Regierungsvertreter die Absichten der Regierung bei der Neuregelung der Besoldungsfrage der Beamten bekanntgegeben. Die Grundgehälter sollen erheblich erhöht werden mit der Maßgabe, daß das bei den unteren Gruppen in stärkerem Maße geschieht als bei den mittleren und oberen. Den Ausgangspunkt soll die Besoldungsgruppe 3 bilden, die rund 183 000 Beamte umfaßt, bei denen der Ausbau der Besoldungsordnung nach unten und oben zu erfolgen habe. Der Regierungsvertreter hat in diesem Zusammenhange die mutmaßlichen Forderungen der Gewerkschaften in Höhe von 8000 bis 10 000 Mark pro Kopf und Jahr als „phantastisch" bezeichnet. Demnach scheint die erhebliche Erhöhung der Grundgehälter alles andere als erheblich zu sein. Außerdem läßt die Bemerkung des Regierungsvertreters durchblicken, daß die Gruppen 1 und 2, die zusammen rund 25 000 Beamte umfassen, weniger reichlich bedacht werden, als die Gruppe 3. Ist diese Vermutung richtig, dann würde die Neuregelung der Besoldungsordnung alles andere als sozial gerecht sein. Es muß deshalb schon jetzt mit aller Entschiedenheit ausgesprochen werden, daß die Beamten der untersten beiden Besoldungsgruppen wirklich erheblich aufgebessert werden müssen, und daß ganz besonders das Unrecht, das bei der letzten Regelung der Besoldungsgruppe 1 zugefügt wurde, wieder gutgemacht werden muß. Soweit es sich um die Höhe der Forderungen handelt, kann angesichts der Tatsache, daß die Lebensmittel- und Warenpreise sich seit Kriegsausbruch um das rund 40fache erhöht haben, nicht davon gesprochen werden, daß eine Jahreszulage von 8000—10 000 Mark phantastisch sei. Im Gegenteil, wenn diese Zulage gegeben wird, wird nach wie vor die Notlage der Beamtenschaft bestehen bleiben. Schließlich sollte doch aber auch die Regierung einsehen, daß es zweckmäßig ist, jetzt tatsächlich erhebliche Zulagen zu gewähren, um nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben und in spätestens vier Wochen wieder mit den Gewerkschaften am Verhandlungstisch zu sitzen. Es dürfte also nicht überflüssig sein, jetzt auf diese Dinge in der Oeffentlichkeit hinzuweisen, damit über die angeblich phantastischen Forderungen der Gewerkschaften kein falsches Bild entsteht.

Postüberwachung im besetzten Gebiet. Die französische Besatzungsbehörde hat am 4. 3. in Mainz die Postüberwachung wieder eingeführt und Kontrollstellen daselbst eingerichtet. Absender von Briefen usw. nach dem besetzten Gebiet mögen das sorgfältig beachten.

Der Schießheld von Kähne will klagen

Wie dem „Vorwärts" aus Potsdam gemeldet wird, beabsichtigt der Schießheld von Kähne, gegen die Hauptredner in der Glindower Protestversammlung sowie gegen mehrere Berliner Blätter Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen. Soweit uns die Ehre einer Klage zuteil werden sollte, freuen wir uns von vornherein auf diesen Prozeß. Was den deutschen Gerichten und ihren Staatsanwälten nicht möglich war, nämlich die Methoden eines mittelalterlichen Raubrittertums vor aller Oeffentlichkeit anzuprangern, das werden wir in so gründlicher Weise besorgen, daß nicht nur dem Geschlecht derer von Kähne die Augen aufgehen, sondern darüber hinaus auch die Justiz gebrandmarkt wird, die die jahrelangen Mordversuche der Kähnes mit lächerlich geringen Geldstrafen belegte. Dabei sind wir uns bei dem gegenwärtigen Stand der Rechtspflege keinen Augenblick im unklaren darüber, daß der betreffende Redakteur, der die Kähnes beim richtigen Namen genannt hat, mit einer härteren Strafe belegt werden wird, wie die mord- und schießlustigen Kähnes auf Schloß Petzow am Schwielowsee. Die gegen einen Redakteur verhängte Strafe wird in diesem Falle aber moralisch nicht den Redakteur, sondern wiederum unsere Justiz treffen.

Abermalige Waffensuche bei Kähne

Beim Staatskommissar für die öffentliche Ordnung war in den letzten Tagen eine neuerliche Anzeige eingelaufen, daß auf dem vielgenannten Schloß Petzow der Herren v. Kähne trotz der bisherigen Durchsuchungen immer noch Waffen, und zwar in erster Linie Maschinengewehre, versteckt seien. Nach erfolgter Rücksprache mit dem Regierungspräsidium in Potsdam, ließ der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung daraufhin am Mittwoch durch Beamte der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums das gesamte Besitztum der Herren v. Kähne am Schwielosee nochmals gründlichst durchsuchen. Der Erfolg war, wie die B.-S.-Korrespondenz meldet, negativ. Es wurden weder Maschinengewehre noch sonstige Schußwaffen gefunden.

Die preußisch-hamburgischen Verhandlungen

Hamburg, 9. März.

Heute vormittag versammelten sich die preußischen und die hamburgischen Kommissare im Rathause, um die Ende Februar in Berlin vertagten Verhandlungen über die Frage Groß-Hamburg weiter zu führen. Unter Vorsitz des Bürgermeisters Diestel wurde bis gegen 4 Uhr nachmittags verhandelt. Morgen vormittag werden die Besprechungen fortgesetzt. Die preußischen Kommissare beabsichtigen, sich mit dem Nachmittagszuge nach Berlin zu begeben. Nach einer bei der ersten Zusammenkunft getroffenen Vereinbarung zwischen den Vertretern Preußens und Hamburgs wird der Inhalt der Verhandlungen vertraulich behandelt.

Kleine Nachrichten

Opfer der Arbeit. Eine Mauer der kürzlich durch Brand teilweise zerstörten Chamottefabrik in Erkrath bei Düsseldorf stürzte gestern infolge des herrschenden Sturmes auf eine Arbeiteraufenthaltshütte und begrub 12 Arbeiter unter sich, die in der Hütte Mittagspause hielten. Acht Arbeiter, meist Familienväter, konnten nur als Leichen geborgen werden. Von den übrigen vier Arbeitern sind zwei schwer verletzt. Einer von ihnen ist seinen Verletzungen auf dem Transport in das Krankenhaus erlegen.

Die neue spanische Regierung. Aus Madrid wird gemeldet: Das neue Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident: Sanchez Guerra; Minister des Aeußern: Fernandez Prida; Justizminister: Bertran y Musitu; Finanzminister: Bergamin; Kriegsminister: General Ologuer; Marineminister: Ordonez; Oeffentliche Arbeiten: Argueles; Unterrichtsminister: Silio; Arbeitsminister: Calderon.

Sturmkatastrophe in Brüssel. Bei einem orkanartigen Sturme stürzte Mittwoch nachmittag eine entwurzelte meterstarke Ulme auf einen Wagen der Straßenbahn; 2 Personen wurden getötet. In dem Vororte Linn fiel ein Kamin in einen Fabrikraum; ein Mädchen wurde erschlagen, ein anderes so schwer verletzt, daß es später seinen Verletzungen erlegen ist.

Die Arbeitslosigkeit in England. Das englische Arbeitsministerium teilt mit, daß die Zahl der vollkommen Erwerbslosen Ende Februar etwa 1 837 000 betragen hat. Die Zahl der Erwerbslosen ist also in den letzten vier Wochen um über 97 000 gesunken.

Ein Briefwechsel zwischen Rolland und Barbusse

Romain Rolland hat folgenden interessanten Brief an Barbusse geschrieben, in dem es sich um die Methoden des Bolschewismus handelt.

„Lieber Barbusse! Ich vermochte mich eines freundschaftlichen Lächelns nicht zu erwehren, als ich in Ihrer jüngsten Abhandlung las, daß Sie Fehler nicht anerkennen in jener „Geometrie der sozialen Revolution", die das Grundprinzip Ihrer Gruppe bildet. Welch eine merkwürdige Auffassung! Sie übertreffen mit Ihrem Rationalismus die zeitgenössischen Gelehrten, mit denen Sie sich vergleichen; und dabei sind diese selbst entfernt davon, zu versichern, daß die Grundgesetze von Euklides unerschütterlich seien. Wie dem nun sei, ich glaube nicht an die Unerschütterlichkeit Ihrer „Sozialen Geometrie" und kann mich an sie nicht binden: 1. weil sogar in der Theorie und Doktrin innerhalb des marxistischen Kommunismus, gemäß seiner gegenwärtigen Gestalt, mir wenig vorhanden zu sein scheint, was dem wahren Fortschritt der Menschen entspräche; 2. weil die tatsächliche Anwendung dieser sozialen Geometrie in Rußland von harten und verheerenden Fehlern befleckt ist und die Häupter der neuen Ordnung der „sozialen Geometrie" die allerhöchsten moralischen Werte zum Opfer bringen: Freiheit, Wahrheit und Menschlichkeit.

Militarismus, Polizeiterror, grobe Vergewaltigung erachte ich nicht als sanktioniert, weil sie Rüstzeug der kommunistischen Diktatur und nicht der Plutokratie sind. Zu meinem Bedauern muß ich hören, daß Sie die „Gewalt" nur als ein „Detail", und zwar als „vorübergehendes Detail" betrachten. Ich glaube, daß eine derartige Formel von jedem beliebigen Minister der bürgerlichen Richtung ausgenützt werden könnte.

Ihre Anschauung ist in ihrem Kernpunkt völlig verkehrt. Man könnte sie mit Ueberwindung noch gelten lassen, wenn die menschliche Seele eine glatte Tafel wäre, auf der mit Kreide jedesmal aufs neue geschrieben würde, nachdem der Schwamm das Vorherige weggewischt hätte. Der lebendige Organismus ist jedoch eine äußerst empfindliche Substanz, von der die feinsten Schatten eines Gefühls festgehalten werden. Und die Vergewaltigung hinterläßt in ihr unverwischbare Spuren.

Mehr als je zuvor behaupte ich: es ist nicht wahr, daß die Erreichung eines Zieles die Mittel hierzu rechtfertige! Die Mittel haben eine noch größere Wichtigkeit für den wahren Fortschritt, als das Ziel selbst. Selten wird das Ziel erreicht, es ändert nur die äußeren Beziehungen unter den Menschen.

Die Mittel aber beeinflussen den menschlichen Verstand, je nachdem sie sich in Gerechtigkeit oder Gewalt auswirken. Sobald das Bewußtsein sich unter dem Eindruck der Gewalt verändert, wird keine Regierung eine Unterjochung der Schwachen durch die Starken verhindern können. Deshalb erachte ich die Verteidigung der moralischen Werte in einer revolutionären Zeit noch wesentlich bedeutsamer, als in einer gewöhnlichen, weil der menschliche Verstand in der ersteren eher zu Veränderungen geneigt ist. Ich bin daher auch fest überzeugt, daß Sie dem Kommunismus große Dienste geleistet haben würden, wenn Sie, statt ihn lediglich zu schützen, frei und ehrlich kritisiert hätten.

Nur ein Mensch in der ganzen Partei verwirklicht die Unabhängigkeit vom Schicksal, das ist Lenin. Aber dieser machtvolle Mensch wird eingeengt von seiner Doktrin und von den Kreml-Mauern. Um ihn herum sehe ich nur Diener des Gesetzes, und ich möchte ihnen zurufen: „Kommunisten, seid freie Leute!"

Solange ich dieses Streben zur Freiheit und Wahrheit, das mit der Achtung einer freien Kritik verbunden ist, nicht in der kommunistischen Partei finde, solange die Träger der Revolution die heiligen Forderungen der Gewissensfreiheit mißachten, werde ich außerhalb der Partei stehen, ohne jede Illusion hinsichtlich des Ausgangs vom Kampfe."

Bezeichnend an diesem schönen Brief ist nicht nur der große, verantwortliche Ernst, mit dem sich zwei führende Dichter über politische Dinge auseinandersetzen, sondern auch das Interesse, das in Frankreich weit über die literarischen Kreise hinaus, diesem Briefwechsel entgegengebracht wird. Damit vergleiche man die Indolenz und Ignoranz unserer Literaturgrößen in politischen Fragen. Was Rolland hier dem Bolschewismus entgegenhält, kann von jedem wirklichen Sozialisten nur unterschrieben werden.

Holländische Baukunst

In Holland ist in den letzten Jahrzehnten eine durchaus eigenartige und selbständige Baukunst entstanden. Begünstigt durch die Gleichförmigkeit des Landes und durch die geistigen und materiellen Voraussetzungen. Adolf Behne gibt in einer sehr beachtenswerten Schrift: „Holländische Baukunst in der Gegenwart" (Verlag Ernst Wasmuth A.-G. Berlin) unterstützt durch viele Abbildungen eine Darstellung ihres Werdens und ihrer sicheren Ziele.

Die holländische Baukunst zeigt dieselben Entwicklungsphasen wie die Deutschlands. Auch in Holland wurden alle historischen Stile als Formenschatz benutzt. Aber eine „gewisse architektonische Haltung wurde selbst bei unerfreulichen Arbeiten meist strenger gewahrt als zur gleichen Zeit in Deutschland". Führer dieser Epoche des Eklektizismus ist Peter J. H. Cuypers. Durch Betonen des konstruktiven Gefüges wirkte er vorbildlich. Mit H. P. Berlage beginnt die eigentliche moderne Baukunst. Nicht plötzlich, sondern in langsamer steter Entwickelung, wie sie dem holländischen Wesen entspricht. Die Amsterdamer Börse ist Berlages frühestes und bedeutendstes Werk. „Der erste sachlich strenge, absolut phrasenlose Bau" Hollands. Eine wesentliche Leistung. Ein mächtiger lebensfähiger Körper, „wirksam durch elementare, tektonische Kräfte". Die späteren Arbeiten Berlages zeigen eine weitere Klärung und Vereinfachung. Ein Streben nach architektonischer Sachlichkeit. Was aber nicht mit rationeller Nützlichkeit verwechselt werden darf. Denn seine Arbeiten sind Manifestationen des schöpferischen Bewußtseins, das sich die Materialität unterzuordnen weiß.

Ebenso fruchtbar ist die Tätigkeit J. L. M. Lauweriks, der in der Anwendung geometrischer Gesetze am weitesten geht. Er leitet geradezu „das geometrische Grundgesetz aus der Gesetzlichkeit metaphysischer Erkenntnisse ab".

Die jüngeren Architekten Hollands sind in zwei Teile gespalten. Jeder hat eine Zeitschrift, „Wendingen" und „De Stijl". Sie bezeichnen ihre Tendenz und dienen ihnen zur Propagierung ihrer Ideen und Absichten. Die Wendingen-Gruppe steht in Berlage ein Ende. Fühlt sich zu neuem Anfangen verpflichtet. Naturgemäß ist sie stark individualistisch. Möchte das „mühsam aufgebaute System des architektonischen Entwerfens" herunterreißen und „Feuer an den meilenhohen Berg von Dreiecken und Reißschienen" legen. Sie will den Kult der Materie sprengen. Glaubt an die Herrschaft des Geistes. „Es kommt an auf die wahrhafte Raum-Umschließung". Auf die „Einheit des innerlichen Wertes und der äußeren Form". Hier rebelliert das Gefühl gegen die Nüchternheit der Zeit. Phantasie und freie Gestaltung wird hervorgekehrt. Und trotz vielem Experimentellen eine notwendige Arbeit geleistet. Zeitgemäße Lösungen gesucht.

Anders die Stijl-Gruppe. Konsequent führt sie die Bestrebungen Berlages fort. Aber während Berlage noch auf Möglichkeiten des Handwerks hofft, hält die Stijlgruppe diese für erschöpft und stellt sich vorbehaltlos auf die neuen noch unerschöpften Möglichkeiten der Maschine ein. J. J. P. Oud, der Hauptvertreter dieser Gruppe, umschreibt den Sinn dieser rationalen Baukunst, die sich scharf gegen sentimentale und romantische Einflüsse wendet, „als das Streben, auf organische Weise, d. h. von innen nach außen arbeitend und ohne Hineininterpretierung überlieferter Schmuckformen, die sozialen und praktischen Bedürfnisse, sowie die technischen Fortschritte zur Form zu führen. In der zukünftigen Baukunst sollen die Proportionen und der Rhythmus vorherrschen gegenüber dem Schmuck", Bejahung der Maschinenarbeit und damit zusammenhängend des Typisierens.

Deutlich verraten die Arbeiten der Stijl-Gruppe den Einfluß des amerikanischen Architekten Frank Lloyd Wright. Das ist keineswegs kompromittierend. Denn Wright ist der erste, „der bewußt und konsequent die Formen des Hauses aus einem Grundgefühl zu entwickeln versuchte, das auch die Formen der Maschine umfaßte".

Behne weist darauf hin, daß es unlogisch wäre, die Einfachheit oder „Uninteressantheit" dieser Arbeiten als Mangel zu empfinden. „Strenge Disziplin ist Voraussetzung jeder Zusammenarbeit. Jeder führt weitgehendste Uebereinstimmung am ehesten zum Ziel. Und so wurden mit Recht die Ergebnisse des Schaffens

England hat kein Geld für das hungernde Rußland

London, 9. März.

Im Unterhause teilte Chamberlain mit, daß mit Rücksicht auf die großen Summen, die Großbritannien bereits für das Hilfswerk in Europa gegeben habe, und mit Rücksicht auf die sehr schweren Lasten, die das britische Volk zu tragen habe, und auf das große Elend unter dem Volke die Regierung beschlossen habe, daß sie die Bereitstellung öffentlicher Geldmittel für das Hilfswerk zur Linderung der russischen Hungersnot nicht vorschlagen könne; es werde aber jede Anstrengung gemacht werden, um zu den bereits den Roten Kreuzgesellschaften zur Verfügung gestellten medizinischen Mitteln noch weitere hinzuzufügen.

Die Arbeiterpartei brachte ihre große Unzufriedenheit über diesen Beschluß zum Ausdruck.

Dieser Beschluß der englischen Regierung ist sehr zu bedauern. Er zeigt, wie wenig fest die Solidarität der Völker verankert ist. Dasselbe England, das heute noch Millionen für die Angehörigen der damaligen Koltschak- und Denikin-Armeen zahlt, das Land, das als erstes sich dank seiner unerschöpflichen Kräfte aus dem Kriegselend herausgearbeitet hat, und zu einiger Stabilität gelangt ist, dieses Land hat kein Geld übrig für die Millionen, die in Rußland zu grunde gehen. In welchem Abstand steht das großmächtige England gegen kleinere Staaten wie Schweden, Italien u. a., die längst größere Staatsbeträge zur Verfügung gestellt und große Hilfsexpeditionen ausgerüstet haben. Das bibelfromme England kehrt zur finanziellen und politischen Machtstellung zurück, indem es die Russen seelenruhig verhungern läßt. Auch dieses Beispiel gehört mit zur Vervollständigung des Gesamtbildes der kapitalistischen Welt.

Die alliierte Finanzministerkonferenz

Bevorstehende Einigung

Paris, 9. März.

Die Verhandlungen der Finanzminister haben, wie die Agence Havas berichtet, heute große Fortschritte gemacht, und scheinen morgen zu einer völligen Einigung zu führen. Die Artikel des in Cannes ausgearbeiteten Kompromißvorschlags sind nochmals durchberaten worden. Ein endgültiger Text, der merklich abgeändert wurde, wird die seit der letzten Sitzung des Obersten Rates in der Schwebe befindlichen Fragen, besonders die der Besatzungskosten, der Verwertung der Saargruben, der Verteilung der von Deutschland bewerkstelligten Zahlungen usw. regeln. **Die Wiesbadener Abmachungen dürften in ihrer Gesamtheit gebilligt werden. Es wird Sache der Reparationskommission sein, die von Deutschland 1922 und in den folgenden Jahren zu bewerkstelligenden Zahlungen festzusetzen.**

De Lasteyrie hat seine alliierten Kollegen verpflichtet, ihre verschiedenen Regierungen aufzufordern, Anweisungen an ihre in der Reparationskommission sitzenden Vertreter zu geben, um bei Deutschland nachdrücklich darauf zu dringen, daß es seine Verpflichtungen ausführen solle. Sir Robert Horne, Theunis und Peano haben beschlossen, in diesem Sinne zu wirken.

Paris, 10. März.

Zu den Verhandlungen der alliierten Finanzminister bemerkt der „Petit Parisien", es sei zu erwarten, daß vor der Genueser Konferenz eine allgemeine Regelung des Reparationsproblems erfolgen werde. Die alliierten Finanzminister würden vor Beendigung der Beratungen die Frage erörtern, wie sich die Unterbringung einer deutschen Anleihe im Auslande, die vor allem dazu bestimmt sei, Frankreich und Belgien zu entschädigen, ermöglichen lasse. Die jetzige Konferenz dürfe als Ausgangspunkt für Studien angesehen werden, die in kürzester Frist — in etwa 2—3 Wochen — zu einer neuen Besprechung führen könnten; es sei denn, die Regelung der Anleihe-Frage werde der Reparationskommission überlassen.

Auch der „Matin" spricht angesichts der Ablehnung der Vereinigten Staaten, sich an der Konferenz von Genua zu beteiligen, von der Notwendigkeit, daß Europa sich selbst helfe. Das Blatt glaubt, daß die Finanzminister mit einem umfassenden Plane zur Einleitung einer internationalen Kreditoperation, welcher Maßnahmen zur Stabilisierung der Wechselkurse voranzugehen hätten, beschäftigen werden. Hierdurch würden die Gläubiger Deutschlands in den kommenden Jahren über genügend Barmittel verfügen können, um ihre Budgets ins Gleichgewicht zu bringen.

Ein Abrüstungsentwurf

Paris, 10. März.

Wie das „Echo de Paris" mitteilt, liegt der gemischten Kommission des Völkerbundes zur Beschränkung der Rüstungen zu Lande ein Entwurf seines englischen Mitgliedes Lord Esher vor, der dazu bestimmt ist, eine allgemeine Herabsetzung der Rüstungen zu Lande herbeizuführen. Dieser Entwurf soll im September der Vollversammlung des Völkerbundes unterbreitet werden. Dem Entwurf liegt der Gedanke zugrunde, für die Dauer von zehn Jahren ein System für die Landheere zu schaffen, das sich unter Einschluß des Heeresbestandes, der Polizeikräfte und der Generalstäbe in den einzelnen europäischen Ländern auf eine Grundeffektivstärke von 30000 Mann aufbaut. Der Koeffizient wird je nach der Lage des einzelnen Lands bestimmt und kann bis zu sechs gehen. Nach dem Plane von Lord Esher würden erhalten: Belgien zwei Einheiten = 60 000 Mann, die Tschechoslowakei 3 Einheiten = 90 000 Mann, Dänemark 2 Einheiten, Frankreich 6 Einheiten, England 3, Griechenland 3, Italien 4, Südslawien 3, Holland 3, Norwegen 2, Polen 4, Rumänien 3, Schweden 2, Spanien 3, die Schweiz 2 Einheiten und Portugal 1 Einheit.

Der Fall Wladiwostocks

gk. Moskau, 6. März. (Eig. Ber.)

Die Truppen der Sowjetrepublik des Fernen Ostens haben in schneller Offensive Wladiwostok eingenommen und die Regierung Mrkulow gestürzt. Man erwartete den Fall Wladiwostoks seit Tagen, da die Truppen Merkulows nach der Einnahme von Chabarowsk ununterbrochen geschlagen worden waren, und die Japaner sich, entsprechend den Beschlüssen der Washingtoner Konferenz, weigerten, sie zu unterstützen. Der letzte Rettungsversuch Merkulows war ein Gesuch an das Oberkommando der japanischen Truppen, dem Vordringen der Roten Armee an der Grenze der neutralen Zone Halt zu gebieten. Es wurde von japanischer Seite mit der ausweichenden Erklärung beantwortet, man müsse gegenüber den innerrussischen Kämpfen strikte Neutralität bewahren.

Der Oberbefehlshaber der Roten Truppen, Blücher, hat, ehe er zum entscheidenden Schlag ausholte, die Armee Merkulows durch eine Proklamation sehr geschwächt, die den Weißgardisten bei freiwilliger Waffenstreckung Amnestie versprach, und zugleich mit einem Armeebefehl herausgegeben wurde, der die roten Truppen ermahnte, in den entscheidenden Wochen vor der Genuakonferenz das letzte Nest der Reaktion im asiatischen Rußland der Sowjetmacht zu unterwerfen. Das Bekanntwerden der beiden Proklamationen hatte den Erfolg, daß die Zahl der Ueberläufer und Deserteure bei den Weißen außerordentlich stieg. Damit war der Sieg der gutausgerüsteten und zahlreichen Roten Truppen gesichert. Die Einnahme von Wladiwostok wird entscheidenden Einfluß auf die russisch-japanischen Verhandlungen in Dairen über den Abzug der japanischen Truppen aus Sibirien haben.

Die Kornkammer West- und Mitteleuropas

Während des letzten Jahres hatte die Ausfuhr der Vereinigten Staaten an landwirtschaftlichen Erzeugnissen einen Umfang von über 20 000 000 Tons im Werte von 2 Milliarden Dollar gegen 16 500 000 Tons im Werte von 3 000 000 000 Dollar im Jahre 1920 und 10 500 000 Tons im Werte von 1 Milliarde im letzten Vorkriegsjahre 1913. Der wichtigste landwirtschaftliche Exportartikel für 1920 war Getreide in einer Gesamtmenge von 16 000 000 Tons gegen 12 000 000 Tons für 1920 und 6 000 000 Tons für 1913.

Die Ursache für diese starke Zunahme der Nahrungsmittelausfuhr seit 1913 liegt nicht so sehr in einem Rückgang der Erzeugung der west- und mitteleuropäischen Staaten, wo man vielmehr sehr schnell zur Erzeugung im normalen Umfang zurückgekehrt ist, sondern in dem gänzlichen Ausfall Rußlands als Nahrungsmittelausfuhrland, das früher jährlich 8 bis 10 Millionen Tons Getreide usw. ausführte.

Die amerikanische Ablehnung

Der Wortlaut der Note

Washington, 9. März. (Reuter.)

Staatssekretär Hughes schreibt in seiner Note an den italienischen Botschafter Ricci über die Genueser Konferenz:

Seit Empfang der ersten Note Eurer Exzellenz ist die Frage der Teilnahme der Vereinigten Staaten an der vorgeschlagenen Konferenz ernstlich in Erwägung gezogen worden. Sie werden verstehen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ein großes Interesse an jeder Konferenz nehmen muß, welche wirksame Maßregeln zur Förderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas verheißt, denn nicht nur ist es unser inniger Wunsch, daß die Völker, welche am meisten unter den durch den Krieg hervorgerufenen Verwüstungen und Erschütterungen litten, zur Wohlfahrt zurückkehren, sondern es ist auch klar, daß ohne eine Gesundung Europas von einer Besserung der Welt keine Rede sein kann. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mit diesem teilnehmenden Empfinden und mit dem größten Widerstreben, jedem geeigneten Schritt zur Erreichung dieses Zieles ihre Unterstützung vorenthalten zu müssen, die in Cannes angenommene Entschließung und das für die Konferenz vorgeschlagene Programm geprüft.

Mit Bedauern benachrichtige ich Eure Exzellenz, daß als Ergebnis der stattgehabten Prüfung festgestellt worden ist, daß man unmöglich dem Schlusse entgehen kann, daß die vorgeschlagene Konferenz in der Hauptsache keine Wirtschaftskonferenz ist — sind doch von den Beratungen Fragen ausgeschlossen worden, ohne deren zufriedenstellende Lösung die Hauptursachen der wirtschaftlichen Störung weiterwirken müssen —, sondern daß sie eher einen politischen Charakter trägt, und daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich an einer solchen in nützlicher Weise nicht beteiligen könnte. Die Regierung der Vereinigten Staaten muß auf die klar ausgesprochene Ueberzeugung des amerikanischen Volkes Rücksicht nehmen, daß, wie sehr die Regierung es auch wünscht — und sie hat Beweis dafür in reicher Fülle erbracht — in angemessener Weise an dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens Europas teilzunehmen, sie doch nicht ohne dringende Notwendigkeit in Fragen der europäischen Politik verwickelt werden sollte.

Hinsichtlich Rußlands mag hinzugefügt werden, daß die Regierung der Vereinigten Staaten zwar darauf bedacht ist, alles, was in ihren Kräften steht, zur Förderung der Wohlfahrt des russischen Volkes zu tun, und daß sie mit dem lebhaftesten freundschaftlichen Interesse jeden Schritt auf dem Wege zur Wiederherstellung wirtschaftlicher Bedingungen begleitet, die es Rußland gestatten, seine produktive Kraft wiederzugewinnen, daß sie aber der Meinung ist, daß solche Bedingungen so lange nicht sichergestellt werden können, als nicht ein entsprechendes Vorgehen der für Rußlands gegenwärtige wirtschaftliche Zerrüttung hauptsächlich Verantwortlichen erfolgt ist.

Die Meinung der Regierung der Vereinigten Staaten geht auch dahin — und sie ist dessen sicher, daß sie von den Regierungen, die die Konferenz einberufen haben, geteilt wird —, daß, solange man noch auf der Herstellung der unbedingt notwendigen Sicherheiten für Rußlands Produktivität wartet, auf die in der am 25. März 1921 veröffentlichten Erklärung der Regierung der Vereinigten Staaten hingewiesen wird, und ohne die, wie die Regierung der Vereinigten Staaten glaubt, jede Prüfung eines wirtschaftlichen Wiederauflebens wertlos ist, nichts unternommen werden sollte mit dem Ziele, in Rußland wirtschaftliche Vorteile zu erlangen, welche berechtigte Möglichkeiten anderer schmälern würden. Vielmehr sollten die Hilfsquellen des russischen Volkes von einer derartigen Ausbeutung freigehalten werden und eine unparteiische und billige Möglichkeit zur wirtschaftlichen Betätigung sollte sowohl im Interesse des russischen Volkes wie in dem aller Mächte sichergestellt werden. Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten auch nicht glaubt, an der vorgeschlagenen Konferenz teilnehmen zu sollen, so gibt sie sich doch aufrichtig der Hoffnung hin, daß ein Fortschritt gemacht werden möge in der Bahnung des Weges für eine eventuelle Besprechung der Regelung der grundlegenden wirtschaftlichen und finanziellen Fragen des europäischen Wiederaufbaues, die zu einer Lösung drängen.

Cachin und Poincaré

Als vor kurzem Herr Poincaré Herrn Briand im französischen Kabinett ablöste, ließ die kommunistische „Humanité" alle Minen gegen Herrn „Poincaré le guerre" springen. Poincaré, das ist der Krieg, ist die Verewigung des Krieges, so dröhnte es aus der Redaktion der „Humanité", und in der Reihe dieser schreienden Warner war Herr Marcell Cachin, der Chefredakteur des Blattes, nicht der letzte. So berechtigt diese Vorwürfe waren, so eigentümlich berührten sie von einem Menschen, der selbst nach Ausbruch des Krieges nach Italien reiste, um die dortigen Genossen für den Eintritt in den Krieg zu gewinnen. Freilich teilte er dabei das Schicksal, das auch den von der deutschen Regierung ausgesandten rechtssozialistischen Kriegswerber Südekum erreichte: er blitzte ab und mußte sich darauf beschränken, seine Werbungen bei den italienischen Freimaurern anzubringen.

In auffälliger Weise sind nun die gegen Poincaré ausgestoßenen Kriegserklärungen seit einiger Zeit in der „Humanité" verstummt, und welche Bewandtnis es mit diesem Schweigen hat, das deutet der „Manchester Guardian" an, der im allgemeinen gut unterrichtet ist und jeder Sensation fernsteht. Es kann also nicht bezweifelt werden, daß sich seine Informationen auf bestimmte Unterlagen stützen.

Was weiß nun dieses Blatt zu berichten? Nicht weniger, als daß Herr „Poincaré la guerre" unmittelbar nach seinem Einzug in den Palast am Quai d'Orsay den ihm in seinem Blatt täglich kriegansagenden Kommunisten Cachin zu sich rufen ließ, um ihn erstens zu überzeugen, daß die von dem Kommunistenblatt hauptsächlich gegen ein von Poincaré verfaßtes Buch über die Kriegsursachen gerichteten Anklagen nicht stichhaltig seien, und zweitens, um ihn für eine Vermittlungsaktion zwischen der russischen Sowjetregierung und der Regierung von Paris zu gewinnen. Beide Absichten hat Herr Poincaré durchgesetzt. Einmal hat die „Humanité" ihre Angriffe gegen Poincaré ohne Verzug eingestellt, und zweitens hat sich Herr Cachin nach Moskau begeben, um auf Grund gänzlich unannehmbarer Bedingungen als Kommissar des Herrn Poincaré zu unterhandeln.

Noch ein Opfer Grupens

Hirschberg, 10. März.

Der Gefängnisinspektor Schenike, der dem Doppelmörder Grupen im Gefängnis allerlei Gefälligkeiten erwiesen hat und im dringendsten Verdacht stand, die Flucht Grupens begünstigt zu haben, hat sich, nachdem gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet worden ist, heute erschossen.

Explosion eines Munitionslagers. Ein in der Nähe von Boulogne sur Mer befindliches englisches Munitionslager, das in das Eigentum einer englischen Firma übergegangen war, ist in die Luft geflogen. Bis jetzt sind sieben Tote, darunter fünf Frauen und zwanzig Verletzte festgestellt. Die Zahl der Opfer dürfte noch größer sein.

Wrights übernommen. „Denn ihr Wille ist ja bewußt und konsequent gestellt auf überpersönliche, auf sachliche Arbeit in Reih und Glied — und das ist eben das wertvolle, neue".

„Wendingen" und „De Stijl" verkörpern die beiden äußersten Pole der neuen Architekturbewegung in Holland. Eine Spannung, deren umfassende Weite Aktivität und Zukunft verbürgt.

Ludwig Hilberseimer

Das abgelehnte Millionengeschenk. Zu der Ablehnung von Bodes Stiftung für das Asiatische Museum in Berlin-Dahlem wird uns geschrieben: Nach Abschluß der Beratung des Kunsthaushaltes im preußischen Landtag teilt jetzt das Kultusministerium mit, es habe die fast 3 Millionen, die Bode für den Neubau des Asiatischen Museums in Berlin-Dahlem stiftete, ihm wieder zur Verfügung gestellt. Hoffentlich bietet sich bei der dritten Lesung des Haushaltes noch Gelegenheit, darüber von der Regierung Auskunft zu erhalten. Denn 3 Millionen sind kein Pappenstiel, und ehe man sie zurückweist, müßte man darlegen, daß sie wirklich ein Danaergeschenk wären. Wieviel würde die Vollendung des Asiatischen Museums kosten, wenn man sie nach den Plänen Bruno Pauls und der ursprünglichen Idee Bodes mit den Ersparnissen vollendete, die heute nötig, aber auch möglich sind? Und wenn man dann noch einen Ausgleich nach dem Muster des Schloßmuseums damit schüfe, daß man entbehrliche Stücke und Doppelstücke verkaufte, wäre der größte Teil der Mehrkosten zu decken. Das Asiatische Museum, wie es in Dahlem geplant war, das erste dieser Art überhaupt, hat das besondere Interesse bis weit hinein in die asiatische und amerikanische Welt erregt. Sollen derartige Eroberungen an kulturellem Prestige denn ganz vernachlässigt werden? Was man statt dessen in der höchst unglücklich formulierten und unscharf durchdachten Denkschrift des Ministeriums als Ersatzvorschlag, wären Notbehelfe unansehnlicher, beinahe unwürdiger Art.

Ein proletarisches Kasperletheater. Berta Lask schreibt uns: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Schicken wir unsere Kinder anstatt in sensationelle Filme, in denen Reichtum und Macht verherrlicht werden, lieber ins proletarische antimilitaristische Kasperletheater des Organisten Jörg Mager. Prachtvolle Marionetten, geschnitzt von Hillebrand, Bluhm und Willemeyer, eine Bühne von Baluschek! Andersens Märchen „Des Kaisers neue Kleider" ist von Bern Hardt zu einem lustigen, kräftigen Volksstück verarbeitet worden. Die erste Aufführung fand Donnerstag in der Arbeiterkunstausstellung statt und hatte einen vollen Erfolg.

„Bitte nicht so laut! — Bekenntnisse eines Schwerhörigen. „Unter 100 Personen", schreibt er, „wenden 99, wenn sie sich die Mühe machen, mit uns zu sprechen, alle ihre Stimmkräfte auf. Aber der Schwerhörige versteht, anstatt besser zu hören, dann kein Wort. Dieses Schreien verursacht ihm nur eine Stunde lang sehr unangenehme Kopfgeräusche. Eine wahre Wohltat ist es für ihn, wenn er einmal auf jemanden trifft, der nicht übermäßig **laut spricht, dafür aber deutlich akzentuiert und dem Schwerhörigen es möglich macht, das Wichtigste von den Lippen abzulesen.** Man hat gesagt, daß der Taube besonders gute und hilfsbereite Freunde braucht. Selbstsüchtige und nervöse Menschen werden ihn jedenfalls meiden. Welche Qualen erleiden wir, wenn wir es mit aufgeregten, schreienden und ungeduldigen Menschen zu tun haben! Jeder Verkehr wird zu einer schwer zu beschreibenden Marter. Die größte Freude aber ist es für uns, wenn wir mit ruhig und nicht zu laut sprechenden Leuten zu tun haben, die eine angenehme Stimme und ausdrucksvolle Lippen besitzen. Dem Blinden bringt jeder Mitleid und Sympathie entgegen. Der Schwerhörige aber erscheint leicht als komische Figur, und seine Tragik wird nicht erkannt. Man spreche mit uns ruhig und langsam, und vor allem: bitte, nicht so laut!"

Tages-Notizen

Städtische Volkskunstabende in Karlshorst-Friedrichsfelde. Unter dem Gesamttitel: Einführung in Wagnersche Werke finden im Festsaal des Kant-Realgymnasiums in Karlshorst, Treptow-Allee, eine Reihe von Veranstaltungen statt, deren erste am Sonnabend, 11. März 1922, abends 8 Uhr, beginnend, dem „Tannhäuser" gewidmet ist. Musikalische Leitung dieser vier Vortrags- und einen Orchesterabend umfassenden Reihe: Kapellmeister Eduard Mörike, der von Solisten unterstützt wird. Der Abonnementspreis für die ganze Reihe beträgt 25 M., für Abonnenten der Volkskunstabende 20 M. Einzelkarten zu 8 bzw. 7 M. sowie Abonnements sind in den durch Aushang kenntlich gemachten Verkaufsstellen sowie an der Abendkasse zu haben.

2. Musikalische Feierstunde der Jugend in Neukölln. Sonntag, vormittags 11 Uhr, findet im großen Saal der „Neuen Welt", Hasenheide 108-114, ein Orchester-Konzert für die Neuköllner Jugend statt, dessen Reinertrag zum Besten unserer Jugendherbergen verwendet werden soll. Ein Berliner Orchester, unter Leitung von Walter Winnig und die mitwirkende Solistin Emmi Heckmann-Bettendorf aus der Staatsoper, lassen erwarten, daß in künstlerischer Beziehung etwas ganz Außergewöhnliches geboten wird. Da der Eintrittspreis nur 3 M. beträgt, dürfte ein Massenbesuch zu erwarten sein. Karten sind in allen Schulen Neuköllns sowie im Jugendamt, Rathaus, 2 Treppen, Zimmer Nr. 278, und evtl. an der Kasse zu haben.

Die Männer- und Frauenchöre „Oh" und „Solidarität", Chorweiser E. Thilo, veranstalten am Sonntag ein gemeinsames Konzert im Friedrichshain um 5 Uhr. Nach dem Konzert Tanz.

Blüthner-Orchester. In dem Tschaikowsky-Abend Sonntag, 7 Uhr, im Blüthner-Saal wirkt Konzertmeister Gustav Lenzewski als Solist mit dem Violin-Konzert mit.

Wissenschaftliche Führungen durch Direktorialbeamte im Kaiser-Friedrich-Museum (Deutsche Bildwerke), im Neuen Museum (ägyptische Abteilung) und in der Sammlung für deutsche Volkskunde (Klosterstraße 36) Sonntag 9½ Uhr.

Die Thoma-Ausstellung der National-Galerie wird Sonnabend, 12 Uhr, durch den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eröffnet. Von Sonntag an ist die Ausstellung allgemein zugänglich, doch muß täglich Eintrittsgeld erhoben werden: Montag und Donnerstag 20 M., Dienstag, Freitag und Sonnabend 10 M., Mittwoch und Sonntag 5 M. Jeder Besucher möge diese Zahlungen als Beitrag zu den außerordentlich hohen Kosten für Versand und Versicherung der hochwertigen Bilder betrachten. Freikarten für Künstler, Studierende usw. im Bureau der National-Galerie. Katalog 20 M.

Ausstellungen. Auf der März-Ausstellung des Sturm, Potsdamer Str. 134a, werden gezeigt: Gemälde des französischen Kubisten Fernand Léger und Gemälde und Relief des Stuttgarter Expressionisten Willi Baumeister. Die Ausstellung ist täglich von 10—6, Sonntag von 12—2 geöffnet.

Ein Georgischer Abend findet Freitag, 8 Uhr, im Brüdervereinshaus, Kurfürstenstraße 116, unter Mitwirkung ausgezeichneter Kräfte statt; er ist verbunden mit Konzert (georgischen Liedern), Kabarett, Ball und Nationaltänzen.

Verprügelte Kranke

Im Anschluß an seinen im Berliner Rathaus gehaltenen Vortrag, über den wir in unserer Ausgabe vom 25. v. M. berichteten, schreibt uns Herr Dr. Berndt Götz (Hermsdorf):

Es ist mir nicht eingefallen, das Zugeständnis zu machen, daß in den Irrenanstalten noch reichlich viel geprügelt werde. Vielmehr erklärte ich in meinem kurzen Schlußwort, daß allerdings in seltenen Ausnahmefällen eine Mißhandlung Kranker vorkommen könne, ein Mißstand, dem aber von jedem, der am Wohlergehen der Kranken interessiert wäre, in zweckmäßiger Weise gesteuert werde, möge er Arzt, Pfleger oder Laie sein. Es ist also nicht notwendig, daß die Aerzte „sich alle Mühe geben, den Mißhandlungen entgegenzutreten", denn die unliebsamen Vorkommnisse sind überaus selten. Die Feststellung, ob eine Mißhandlung durch andere Personen oder eine Selbstverletzung der Kranken vorliege, kann im einzelnen Falle naturgemäß schwer sein, und die Ahndung eines Vergehens kann erst nach erfolgtem Beweis erfolgen. Es muß jedoch festgestellt werden, daß auch solche zweifelhaften Fälle überaus selten sind. Scheiden aus ihnen aber noch die klar bewiesenen Selbstbeschädigungen aus, so bleibt für das etwaige „Schuldkonto" ein so verschwindend kleiner Teil übrig, daß er von der Gesamtheit der Pfleger unmöglich als Vorwurf gegen ihren Stand empfunden werden kann. Die Frage, ob und in welchem Umfange den Aussagen Geisteskranker Glauben beizumessen sei, wurde von mir aus im Schlußwort in allgemeinsten Sätzen berührt; ich muß es schärfstens zurückweisen, daß ich mich von dem Herrn Diskussionsredner ermuntern ließ, seinen offenbar sehr weitgehenden Glauben an die Zuverlässigkeit der Krankenaussagen zu teilen. Es ist durch einwandfreie Zeugen festgestellt, daß ich das kurze Schlußwort meiner Ausführungen, die ganz anderen, wissenschaftlich unwichtigeren Dingen galten, nicht dazu benutzte, um das vom Diskussionsredner willkürlich angeregte Thema der Krankenmißhandlungen zu erörtern. Ich stellte nur die seltene Möglichkeit solcher Vorkommnisse fest und betonte, daß die Psychologie der Aussage ein schweres Kapitel sei, zu dessen Bearbeitung und Klärung ich alle einlud.

Die Richtigstellung des fraglichen Artikels halte ich für um so erforderlicher, als es mir nach meinen Erfahrungen fern lag, über die Gesamtheit der Pfleger ein absprechendes Urteil zu fällen, noch dazu in dem kaum minutenlangen Schlußwort einer Diskussion, im Anschluß an eine Vortrag über ein ganz anderes Thema.

Von einem Irrenpfleger wird uns zu dem gleichen Thema geschrieben: In den städtischen Irrenanstalten ist zur Zeit wohl kein ungeeigneter Irrenpfleger beschäftigt, zumindestens braucht es nicht der Fall zu sein, da es ausgebildetes Personal genug gibt und auch die organisierte Kollegenschaft es ablehnt, mit ungeeigneten Kräften zusammen zu arbeiten, und „Irrenpfleger", die sich Mißhandlungen zu Schulden kommen lassen, schon im ureigendsten Interesse ihres Berufes, der große moralische Qualifikation voraussetzt, ausmerzen würde. Es soll zugegeben werden, daß in der Vorkriegs- und Kriegszeit Mißhandlungen vorgekommen sind. Der Kenner des Irrenpflegewesens weiß, daß in der Vorkriegs- und Kriegszeit in der Provinzpresse sehr häufig Inserate standen, daß Irrenpflegepersonal bei einem Monatsgehalt von 30—50 Mark mit Kost und Logis gesucht wird. „Vorbildung nicht erforderlich." Was sich für eine derartige Bezahlung, bei 90—100stündigem Dienst in der Woche an Personal meldete, kann sich wohl jeder denken. Daß von diesen meist unbrauchbaren Irrenpflegern zuweilen Mißhandlungen begangen wurden, sei gern zugegeben, aber die Schuld trifft die maßgebenden Stellen, die so wenig Verständnis für die Bedürfnisse eines Irrenpflegers hatten.

Wie steht es nun mit Mißhandlungen heute? Darauf lautet die Antwort, daß es mehr mißhandeltes Pflegepersonal als mißhandelte Kranke gibt! Wo gleichwohl noch Mißhandlungen von Kranken vorkommen sollten, ist dafür Sorge zu tragen, daß nur Personen beschäftigt werden, die in der Krankenpflege ausgebildet sind und es mit ihrem Beruf ernst nehmen. Deren gibt es heute genug. Sie sind allerdings nur für solche Anstalten zu haben, in denen ihnen der Achtstundentag garantiert ist und dort, wo ihnen eine ausreichende Bezahlung zuteil wird, die es ihnen ermöglicht, ihre Kräfte auf der Höhe zu erhalten. Ist doch der Krankenpflegeberuf einer der schwersten Berufe, die es gibt. Es darf nicht wieder Verhältnisse geben, wie sie in der Vorkriegs- und Kriegszeit waren.

M. L.

*

Zu den vorstehenden Ausführungen ist nun zu bemerken, daß Mißhandlungen von kranken Menschen, und das sind doch Irre, eine doppelte Brutalität sind und dies auch dann, wenn sie nur ausnahmsweise vorkommen sollten. Darüber, wann die Ausnahme aufhört und die Regel beginnt, kann man allerdings verschiedener Meinung sein. Daß die organisierten Irrenpfleger sich bemühen, jeden Prügelhelden aus ihren Reihen auszumerzen, war im übrigen in unserem Bericht ausdrücklich hervorgehoben. Man kann nur wünschen, daß diese Bemühungen von Erfolg gekrönt sein mögen.

Der Film, der täglich gedreht wird

Man schreibt uns: In Nr. 106 der „Freiheit" berichtet Dosio Kosler, daß ein Postbeamter am Schalter 8 des Postamtes W. 15 sich in wüsten Schimpfereien gegen die deutsche Republik zu ergehen pflege. Die Ueberschrift dieser Notiz: „Ein Film, der täglich gedreht wird", scheint mir zutreffend zu sein; denn auch ich habe schon mehrere Male solche Hetzreden eines Postbeamten (Kennzeichen: kurzgeschnittener dunkelblonder Schnurrbart, bayerischer Dialekt) am Schalter 8 des Postamtes W. 15 gehört. Nur durch eilige andere Arbeiten wurde ich bisher davon abgehalten, der Postbehörde von dem Benehmen ihres Beamten Kenntnis zu geben. Merkwürdigerweise habe ich diesen Beamten, der schon seit etwa 10 Jahren als Schalterbeamter im Postamt W. 15 tätig ist, wiederholt als einen gefälligen, freundlichen Menschen kennen gelernt. Wenn er jetzt von einer solchen krankhaften Schimpfwut besessen ist, so scheint er also geistig kriegsbeschädigt zu sein und daher einige Nachsicht zu verdienen. Diese Nachsicht darf jedoch nicht so weit gehen, daß die Postbehörde den Mann weiter während der Dienststunden wüste Reden gegen die Republik führen und nationalistische Anpöbelungen anderer Völker verüben läßt. Ein Mensch, der sich so wenig beherrschen kann, sollte überhaupt nicht im Schalterdienst verwendet werden.

Aus den Bezirken

Die vom Bezirksamt Friedrichshain (Jugendwohlfahrt) zur Schulung und Anregung der ehrenamtlich tätigen Helfer veranstaltete Vortragsfolge wird nach längerer Unterbrechung am Montag, den 13. März 1922, abends ½8 Uhr in der Aula der 235. Gemeindeschule, Litauer Str. 18, wieder aufgenommen. Vortragsfolge: Montag, den 13. März 1922, 7½ Uhr: Die Tätigkeit des Schularztes und der Schulschwester. Schularzt Dr. Schreyer, Friedrichshain. Montag, den 20. März 1922, 7½ Uhr, Mütter-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge. Dr. Salomon, leitender Arzt der Säuglingsfürsorgestelle Va. Montag, den 27. März 1922, 7½ Uhr: Tagesheime, Krippen, Kindergärten und Horte. Fräulein Sommerfeld, Jugendamt, Hauptabteilung II. Montag, den 3. April 1922, 7½ Uhr: Jugendpflege. Frl. Dr. Nack, Jugendpflegeamt. Montag, den 10. April 1922, 7½ Uhr: Berufsberatung und Berufsamt. Referent unbestimmt. Montag, den 24. April 1922, 7½ Uhr: Das Kinderschutzgesetz. Frau Stadträtin Dommaing, Friedrichshain. Montag, den 8. Mai 1922: Psychopathenfürsorge. Theoretisches und Erfahrungen aus der Praxis. Frl. v. d. Leyen, Fürsorge für geistig und körperlich anormale Kinder, Frl. Rohl, Psychopathenfürsorge. Montag, den 15. Mai 1922, 7½ Uhr: Jugendgerichtshilfe. Frl. v. Lißt, Jugendgerichtshilfe. Montag, den 22. Mai 1922: Die Tätigkeit der Wohlfahrtsstelle beim Polizeipräsidium. Frl. Ditter, Wohlfahrtsstelle. Montag, den 29. Mai 1922, 7½ Uhr: Reichsjugendwohlfahrtsgesetz. Referent unbestimmt.

Schwere Raubüberfälle

Gestern abend etwa 10 Minuten nach neun Uhr, wurde der Arzt Dr. Fechner aus Wilmersdorf, in der Cecilien- Ecke Schützenstraße in Dahlem von zwei jungen Leuten überfallen und gezwungen, seine goldene Uhr, die Brieftasche mit etwa 100 Mark Inhalt, seinen Spazierstock und eine Kravattennadel herauszugeben.

Etwa 20 Minuten später wurde der Fuhrunternehmer Johann Hillufer aus Neu-Zehlendorf auf der Potsdamer Straße, zwischen Zehlendorf und Nikolassee in der Nähe der Gastwirtschaft „Mutter Mochow", von jungen Leuten überfallen und ebenfalls mit vorgehaltener Pistole seines Fahrrades, einer Brieftasche mit 100 Mark Inhalt und zweier Ringe beraubt. Auch in diesem entkamen die Täter unerkannt. Die Täter scheinen in beiden Fällen identisch zu sein. Auf ihre Ergreifung ist eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt worden.

Ein verhängnisvoller Irrtum. In der Nacht auf Donnerstag gegen 12 Uhr hörte der Inhaber Schwarz des Hauses „Württembergischer Hof", Invalidenstr. 137, ein verdächtiges Geräusch an seiner Wohnungstür. Er ging hinaus und sah hier einen Mann, den er für einen Einbrecher hielt. Als er ihn packen wollte, schlug dieser sofort auf Schwarz ein, so daß Schwarz in der Notwehr von seiner Waffe Gebrauch machte und zwei Schüsse abfeuerte, die den Mann zu Boden streckten. Dann eilte Schwarz nach der Stettiner Wache und teilte hier sein nächtliches Erlebnis mit. Als die Beamten am Tatorte eintrafen, stellte sich zur allgemeinen Ueberraschung heraus, daß der vermeintliche Einbrecher der in dem genannten Hause wohnende 22 Jahre alte Sattler Andreas B. war, der stark angetrunken war und sich in der Wohnungstür geirrt hatte. Seine Verletzungen sind zum Glück nicht erheblich.

Die Vermittelungsstelle für Schwerbeschädigte gibt bekannt, daß die nächste Besprechung mit den nach § 11 des Schwerbeschädigtengesetzes bestellten Vertrauensmännern in den Groß-Berliner Betrieben am Montag, den 13. März, abends 7 Uhr, im Bürgersaal des Rathauses, Eingang Königstraße, Fahrstuhlbenutzung, Eingang Spandauer Straße, stattfindet. Rege Beteiligung ist erwünscht.

Das Märzprogramm der Scala wartet mit einer außerordentlichen Fülle von Schaunummern auf, die alle in ihrer Art vorzüglich sind. Die einzige Ausnahme bildet der Komiker, der ein unerlaubt dummes und langweiliges Programm verzapft. Komisch ist er nur, wenn er pathetisch wird und die gute alte Zeit glorifiziert. Der nationalistische Pöbel jubelt ihm natürlich zu, aber das sollte die Direktion nicht hindern, diese Geschmacklosigkeit auszumerzen, vorausgesetzt, daß sie nicht nur auf alldeutschen Besuch rechnet.

Zirkus Busch. Das neue Programm enthält neben einer stattlichen Reihe von artistischen Darbietungen, die teils zwei-, teils vierbeinige Artisten von höchster Qualität bestreiten, das große Manage-Schaustück „Klaus Störtebecker". Es hat nicht weniger als acht, mit lautem Prunk in Szene gesetzte Bilder und eine Handlung, die vielleicht interessieren könnte, wenn man sie als stumme Pantomime abrollen würde. Leider gibt es aber eine Unmenge Dialog, der auf schrecklichen Versen einherstolziert. Muß das sein? Es scheint so. Je hohler die Verse polterten, desto voller klang der Beifall.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Sonnabend. Zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt, mit geringen Niederschlägen, ziemlichen frischen nordöstlichen Winden und weiterer Abkühlung.

Gewerkschaftliches

Die Angestellten zu den Betriebsräte-Neuwahlen

In einer von der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale am Dienstag, den 7. März, einberufenen Versammlung nahmen die im Afa-Bund organisierten Angestellten zu den neuen Betriebsrätewahlen Stellung. Der Referent Körpel behandelte in einem ausführlichen Referat die Bedeutung der Stellung der Betriebsräte im Betriebe. Er legte dar, daß durch geschickte Auslegung des Betriebsrätegesetzes viel gute Arbeit im Interesse der Angestelltenschaft geleistet werden kann. Er forderte deshalb auf, bei den kommenden Betriebsrätewahlen die tüchtigsten der Kollegen mit dem Amt des Betriebsrates zu beauftragen.

In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Belegschaften nicht immer in genügender Weise die Betriebsräte und Angestelltenräte bei ihrer schweren Tätigkeit unterstützen. Dessenungeachtet klang aber aus den Diskussionsreden heraus, daß die Angestellten auch weiterhin positive Arbeit im Sinne des Betriebsrätegesetzes zu leisten bereit sind.

In seinem Schlußwort richtete der Referent nochmals einen eindringlichen Appell an die Kollegenschaft, im Interesse der künftigen arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Gesetzgebung auf dem Posten zu sein und damit zum Ausdruck zu bringen, daß man willens ist, die bisherigen Errungenschaften auch weiterhin aufrecht zu erhalten.

Kaufmännische Angestellte Potsdams!

Beachtet die Zeitungsnotizen und Anschlagsäulen Potsdam! Es geht um Eure Existenz!

Zentralverband der Angestellten
Ortsgruppe Groß-Berlin,
S.W. 61, Belle-Alliance-Str. 7/10, III.

Lohnkampf im Friseurgewerbe

Am 16. Februar unterbreitete die Tarifkommission des Arbeitnehmerverbandes den Arbeitgebern die Forderung von 60 Prozent Erhöhung auf die Löhne von 270,— und 283,50 M. Darauf erhöhten die Friseure ihre Bedienungspreise ab 1. Mai um 50 bis 66 Prozent und erklärten den Vertretern der Gehilfen, daß sie bereit wären eine Lohnerhöhung zu zahlen, aber für beide Berufsgruppen, Herren- und Damenfriseure, eine Altersstaffelung eintreten zu lassen. Und zwar sollten die Herrenfriseure in Gruppe I bis zum 20. Lebensjahr 300,—, in Gruppe II bis zum 23. Lebensjahr 330,— und in Gruppe III über 23 Jahre 370,— M. erhalten. Damenfriseure erhalten in allen Gruppen 10,— M. mehr. Die nicht in dreijähriger Lehrzeit ausgebildeten Friseurinnen sollen, genau wie die Lehrlinge aus der Lohnvereinbarung ausgeschlossen bleiben, angeblich um zu vermeiden, daß noch weiter solche „wild", d. h. nicht in ordnungsmäßiger dreijähriger Lehre ausgebildet werden.

Die selbständigen Friseure nehmen also 50 bis 60 Prozent mehr, bieten aber ihren Arbeitern eine Lohnerhöhung von nur 11 bis 37 Prozent. Dieses Angebot sieht geradezu nach einer Verhöhnung der Gehilfenschaft aus. Wie die Arbeitgeber es vor sich und ihrer Kundschaft rechtfertigen wollen, ihren Arbeitern zuzumuten mit Lohnen von 300 M. und 330 M. auszukommen, muß ihnen überlassen bleiben. Der Höchstlohn von 370 M. würde wohl nur sehr wenigen Arbeitnehmern gezahlt werden, weil der Friseurgehilfe ja schon mit 25 bis 30 Jahren „zu alt für den Beruf" ist. Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, wird dann noch verlangt, die Friseurinnen, die fast alle von den Arbeitgebern ausgebildet sind, aus der Lohnvereinbarung heraus zu lassen, um deren Löhne noch niedriger bemessen zu können; sie sollen also Freiwild für die Ausbeutungslust der Arbeitgeber werden.

Die Funktionäre haben mit Entrüstung von diesem Angebot Kenntnis genommen und beschlossen, weitere Schritte zu unternehmen. Die Langmütigkeit der Gehilfenorganisation ist erschöpft. Sie hatte, um den Berufsfrieden zu erhalten, darauf verzichtet, einen vollen Tarifvertrag zu verlangen, sie hat die Regelung der Arbeitszeit, der Lehrlingsentschädigung und des Arbeitsnachweises hintangesetzt, und das haben die Arbeitgeber als Schwäche des Verbandes ausgelegt. Jetzt gilt es zu zeigen, daß die Arbeitgeber sich geirrt haben. Die Mitglieder des Verbandes werden am Donnerstag, den 16. März, im Logenhaus, Linienstr. 121, den Bericht der Tarifkommission entgegennehmen und das weitere beschließen.

Funktionärversammlung der Metallindustrie

Annahme des Schiedsspruches

Eine überfüllte Funktionärversammlung der Metallindustrie nahm Stellung zu dem von uns bereits gebrachten Schiedsspruch für die Metallindustrie. Genosse Urich berichtete über die Verhandlungen:

Auf Grund einer Protokollnotiz eines früheren Schiedsspruches mußte sich das vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Schiedsgericht erneut mit der Frage der Lohnerhöhung beschäftigen. Insbesondere war festzustellen, ob eine wesentliche Teuerung gegenüber dem Monat Februar eingetreten ist. Die Unternehmervertreter im Schiedsgericht verneinten die Frage der wesentlich erhöhten Teuerung und meinten, je mehr die Arbeiter an Lohn erhalten, desto schlimmer und elender würde ihre Lage. Man müßte die alte Tradition der 46½-Stunden-Woche aufgeben und die reine 48-Stunden-Woche einführen, das bedeute eo ipso eine Lohnerhöhung! — Die Vertreter der Arbeiterschaft vertraten den gegenteiligen Standpunkt und wiesen darauf hin, daß die Politik der bürgerlichen Parteien, die darauf hinausläuft, alle Lasten den Arbeitern aufzubürden, schuld daran sei, daß die Arbeiter immer wieder Lohnerhöhungen fordern müssen. Insbesondere die Liebesgabenpolitik gegenüber den Agrariern und dem Großkapital zeige jetzt seine schandbare Wirkung.

Das Schiedsgericht stellte sich auf den Standpunkt, daß eine wesentliche Teuerung eingetreten ist und formulierte die bereits von uns veröffentlichten Sätze.

In der Diskussion wurden einmütig diese Sätze als zu niedrig bezeichnet, aber in Anbetracht, daß der Tarif bis 1. April läuft, empfohlen, die Sätze anzunehmen und sofort alle Vorbereitungen für eine neue Lohnregelung zu treffen.

Gegen ca. 10—15 Stimmen wurde dem zugestimmt. Genosse Wich gab noch die neuen Sätze für die Lehrlinge, die vom 27. Februar ab gelten, bekannt. Zum Schluß der Versammlung forderte Genosse Urich auf, dafür zu sorgen, daß in jeder Proletarierwohnung auch eine Proletarierzeitung gelesen wird.

Arbeitslosigkeit in Europa

Die Zahl der Arbeitslosen in Europa wurde für Ende Februar auf 5 Millionen geschätzt. Ziffernmäßig läßt sich die Zahl schwer feststellen, da die Statistiken in den einzelnen Ländern mangelhaft sind und oft nur die Arbeitslosen verzeichnen, die eine staatliche Unterstützung empfangen. In Frankreich z. B. werden nur 10—15 000 Unterstützte gemeldet, obwohl bekanntlich auch in diesem Lande eine sehr ausgebreitete Arbeitslosigkeit besteht. Für eine Anzahl europäischer Länder haben wir aus verschiedenen Quellen folgende Zahlen der Arbeitslosen für das Ende des Jahres 1921 zusammengestellt: England 1 800 000, Italien 512 000, Polen 173 000, Deutschland 150 000, Schweden 140 000, Belgien 100 000, Schweiz 90 000, Norwegen 31 000, Holland 20 000, Oesterreich und Tschechoslowakei je 16 000 Arbeitslose. Hieraus ergibt sich eine Zahl von über 3 Millionen. Tatsächlich ist aber die Zahl der Arbeitslosen viel größer, als in den Statistiken gemeldet wird. Wenn wir noch die übrigen europäischen Staaten hinzurechnen, und ferner in Betracht ziehen, daß im Jahre 1922 die Zahl der Arbeitslosen überall im Steigen begriffen ist, ganz besonders aber auch in Deutschland, Tschechoslowakei und Oesterreich (Länder, die bisher verhältnismäßig von Arbeitslosigkeit verschont blieben), so dürfte die erwähnte Zahl von 5 Millionen völlig Arbeitsloser nicht zu hoch gegriffen sein. In dieser Ziffer ist aber die Zahl der Kurzarbeiter, selbst wenn sie eine Arbeitslosenunterstützung empfangen, nicht inbegriffen.

Arbeitersport

Spiel Borussia — Brandenburg 02 findet Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße (Fortunaplatz) nicht Stralau statt.

Parteiveranstaltungen

Freitag, 10. März

1. Verwaltungsbezirk (1., 2. und 3. Distrikt). Die angezeigte Sitzung findet abends 7 Uhr bei Pfaller, Michaelkirchstr. 29a, statt.

Charlottenburg. 7½ Uhr Sitzung aller U. S. P.-Elternbeiräte im Engelhardt-Ausschank, Bismarck-, Ecke Sesenheimer Straße.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgesandt, wenn ein genügend frankierter Briefumschlag beigefügt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Leserkreis.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Henjel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Zur
Jugendweihe
Einladungskarten
Glückwunschkarten
Geschenkwerke
für die schulentlassene Jugend
mit gediegenem Inhalt in wirklich vornehmer Ausstattung
*
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2
Breite Straße 8/9
*
Auch in allen Filialen Expeditionen der „Freiheit" erhältlich

USP. 12. Distrikt
Bezirk 53Ba

Am Montag, den 6. März d. J. verstarb durch Herzschlag unser Parteigenosse

Otto Grüning

Maler
Greifenhagenerstr. 50

Die Beisetzung findet am Sonnabend, d. 11. März, vorm. 12 Uhr im Krematorium in Baumschulenweg statt. Rege Beteiligung wird erwartet.

USPD. Bohnsdorf

Unser lang jähriges Mitglied, der Tischler

Wilhelm Müller

63 Jahre alt, ist am Mittwoch, verstorben.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung Sonnabend, nachm. ½4 Uhr, in Bohnsdorf.

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsleitung.